

Ein Ende ist nicht absehbar

Peter Höver

Behaupte niemand in der großen Koalition, dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei nicht absehbar gewesen. An Warnungen und Mahnungen, Teile des schleswig-holsteinischen Polizeigesetzes seien verfassungswidrig, hat es nicht gefehlt. Doch CDU und SPD, allen voran der damalige Innenminister Ralf Stegner, haben ihre Kritiker verhöhnt – so, als sei eine große Mehrheit das Synonym für große Klugheit. Karlsruhe hat den Rechthabern eine schallende Ohrfeige erteilt.

Ein handwerklich miserables Gesetz hat Stegner durchs Parlament gepaukt; eine Novelle, die mit Grundrechten nicht kompatibel ist; ein Überwachungsinstrument zudem, das bei gewaltigem Aufwand lächerlichen Null-Ertrag gebracht hat. Dass Stegners Amtsnachfolger Lothar Hay die von Karlsruhe monierte Praxis postwendend gestoppt hat statt zu laviieren, ehrt ihn. Jedoch zu behaupten, seine Partei habe das Gesetz stets kritisch gesehen, ist nur mit falsch verstandener Loyalität zu Stegner zu erklären. Stegner nämlich war es, der die in Schleswig-Holstein ausgeprägte so-

zialdemokratische Tradition einer liberalen Innenpolitik zum Tiefstpreis verschleudert hat. Und wieder stellen wir die Frage: Was sind das für Regierungen und Parlamente, die solchen Pfusch anrichten? Zum Glück gibt es die Gewaltenteilung. Und es gibt das Bundesverfassungsgericht, auf das Verlass ist. Was für die Massenüberwachung von Kfz-Kennzeichen gilt, ist allenthalben in der Innenpolitik zu besichtigen: Telefon- und Kontenüberwachung, Video- und Computerüberwachung. Gefährlich mögen nicht einmal die Einzelmaßnahmen sein. Die Masse macht es: Sie macht beobachtungsfreie Räume eng, die Erfassungsnetze dichter.

Karlsruhe hat stets nach den bewährten rechtsstaatlichen Grundsätzen entschieden. Und die Politik? Die, so scheint es, baut unbeirrt weiter an ihrem Präventionsstaat, um so angeblich (globalen) Risiken besser begegnen zu können. Ein solcher Präventionsstaat, das liegt in seiner Logik, muss die Freiheit der Bürger immer mehr ausdünnen, um ihm dafür (scheinbar) Sicherheit zu geben. Das birgt die Gefahr der Maßlosigkeit. Ein Ende dieser Politik ist bisher nicht absehbar – leider.

Merkel darf auf Deutsch vor der Knesset reden

Der Freund Israels

Charles A. Landsmann

Israel feiert 60 Jahre Unabhängigkeit und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel wird sich in Deutsch an die Knesset wenden. Deutlicher kann nicht gemacht werden, welche Entwicklung die deutsch-israelische Beziehung genommen hat. Der jüdische Staat, einem Phönix gleich aus der Asche von Auschwitz auferstanden, und der deutsche Staat, in dessen Namen Verbrecher das jüdische Volk auslöschten wollten. Heute hat Israel keinen besseren Freund in Europa als Deutschland, einen Freund, „den man umarmen muss“, wie der religiöse Knesset-Abgeordnete David Tal befindet.

Die Tatsache, dass die Knesset ihr eigenes Reglement – nur ausländische Staatspräsidenten dürfen sprechen – zu recht gebogen hat, um es Merkel als Regierungschefin zu ermöglichen, zum Plenum zu sprechen, zeigt, welche Hochachtung der Kanzlerin entgegen gebracht wird, wie sehr man im zunehmend unter Druck stehenden Jerusalem für die beständige deutsche Freundschaft dankbar ist. Mer-

kel hat denn auch von einer großen Ehre gesprochen, für sie und für Deutschland.

60 Jahre Israel – und seine Bürger fragen sich selbstkritisch, was es da zu feiern gebe. Der Staat habe zwar Millionen Verfolgter Aufnahme gewährt, doch ein Leben in Sicherheit könne er ihnen auch heute noch nicht garantieren. Israel, dessen Bildungswesen sich im freien Pisa-Sturz befindet, dem die Wissenschaftler in Massen davonlaufen, hat sich zwar von seiner fatalen Wirtschaftskrise erholt, aber gleichzeitig nicht verhindern können, dass sich die Armut weiter ausgebreitet hat.

Nein, Angela Merkel wird in ihrer Rede sicherlich nicht auf diese dunklen Flecken auf dem israelischen Festgewand hinweisen. Das macht man als Ehrengast nicht. Doch sie sollte ihre Gastgeber auch in der Feierstunde auf etliche andere bestehende Probleme hinweisen. Dass Besetzung und Demokratie auf die Dauer unvereinbar sind, dass die Palästinenser keine existenzielle Gefahr für den jüdischen Staat darstellen. Das darf, ja das muss Merkel als Freundin Israels sagen.

Die Seite Zwei

Mittwoch, 12. März 2008

Seite 2 – Jahrgang 2008

Abenteuer im All für 150 000 Euro

Frank Marco Günzel und Peer Gehrman – zwei Schleswig-Holsteiner planen ein kühnes Projekt: Das erste europäische Programm für den Weltraumtourismus. Erster Start soll 2011 sein.

Harrislee/Cochstedt/sh:z – Der Countdown läuft: „618 Tage, 17 Stunden, 30 Minuten, 22 Sekunden“ war gestern auf der Homepage von „Project Enterprise“ zu lesen. Kein Science-fiction, sondern eine beeindruckende Vision: Ende 2009 steigt das erste raketentriebene Testflugzeug „Black Sky“ in den Himmel. Es erreicht 25 Kilometer Höhe, wo der Himmel bereits schwarz erscheint. Nur zwei Jahre später soll die „Enterprise“ folgen. Sie fliegt allerdings schneller, steigt höher und hat fünf Passagiere an Bord: Von Cochstedt bei Magdeburg in Sachsen-Anhalt aus soll das Raumflugzeug einen 20-minütigen Trip absolvieren und dabei 120 Kilometer hoch ins All vorstoßen. Der Pilot und die

„Die Triebwerke liegen schon im Regal“, sagt Günzel. Sie wurden vom Partner in der Schweiz, dem Swiss Propulsion Laboratory SPL in Langenthal entwickelt. „Xtreme Air“, der Entwickler von Hochleistungs-Sportflugzeugen in Cochstedt, ist ebenfalls Partner des Projektes. „Xtreme Air baut uns die erste raketentriebene Maschine für Übungsflüge“, berichtet Gehrman. Überdies begleitet das Projekt die Vega GmbH in Darmstadt, ein führender Raumfahrtendienstleister in Europa bei Simulationen, in der Programmierung und bei der spezialisierten Pilotenausbildung.

Die beiden Schleswig-Holsteiner erfüllen sich mit ihrem Programm einen Kindheitstraum: „Wir kennen uns

„Wie sehen in dem Projekt ein seriöses Unterfangen.“

Rainer Lampe, Sprecher des Wirtschaftsministeriums des Landes Sachsen-Anhalt

von Jugend an, haben damals bereits auf dem Feld getunte Modell-Raketen gestartet“, erinnert sich Peer Gehrman. Die Technikbegeisterung hielt an,

beide studierten Maschinenbau an der Fachhochschule Flensburg. Später gründeten sie das „Talis Institut für Technologie- und Wissenstransfer“ in Husum, aus der inzwischen die „Talis Enterprise GmbH“ mit Sitz in Cochstedt als Träger des europäischen Weltraumtourismus-Unternehmens hervorging.



„Die Triebwerke liegen schon im Regal!“ Weltraumprojekt-Initiatoren Peer Gehrman und Frank Marco Günzel (v.l.). Foto: Dewanger



14 Meter lang, 14 Meter Spannweite: Die Konzept-Animation von „Project Enterprise“.

Das Land Sachsen-Anhalt schaut mittlerweile „sehr interessiert“ auf das Unternehmen: „Es klingt zwar utopisch, wir sehen in dem Projekt aber ein seriöses Unterfangen“, sagte gestern Rainer Lampe, Sprecher im dortigen Wirtschaftsministerium. „Einen Förderungsantrag würden wir wohlwollend prüfen.“ Der steht für die Projektleiter aus Harrislee jedoch derzeit noch nicht an. „Wir setzen auf zunächst auf private Investoren“, sagt Gehrman, der eine Machbarkeitsstudie erstellt hat.

In Schleswig-Holstein indes konnten die Harrisleer nicht landen: „Wir haben uns um einen Standort bemüht, das stieß jedoch nicht auf fruchtbaren Boden“, sagt Frank Marco Günzel. „Wir werden dem Norden aber weiterhin als Wohnort treu bleiben.“ Immerhin kommt auch von der Fachhochschule Flensburg Unterstützung: „Hier dürfen wir Strömungsversuche starten“, so Günzel.

Die beiden Nordlichter haben mittlerweile weltweite Kontakte, gehören zum globalen Häuflein der Weltraum-Enthusiasten genauso dazu wie die US-amerikanischen SpaceShipOne-Initiatoren Paul Allan und Burt Rutan oder der Pilot William Brian Binnie. Günzel und Gehrman sind überzeugt: „Der Markt für Weltraumflüge ist da.“ Sowohl für wissenschaftliche und Schulungszwecke als auch für das private Abenteuer. 150 000 Euro soll ein Weltraumflug über Europa kosten. „Das ist gemessen am Preis für eine Hochklasse-Limousine nicht zu viel“, meint Gehrman.

Und die Initiatoren selbst, wann steigen sie ins Weltraumflugzeug? „Wenn unsere Frauen uns die Starterlaubnis geben“, sagen Frank Marco Günzel und Peer Gehrman – und lachen.

WOLFGANG BLUMENTHAL
 □ „Project Enterprise“ im Internet: www.european-spacetourism.eu
 □ Animationsfilm auf www.shz.de

„Endeavour“ zur ISS gestartet



Shuttle-Start: „Endeavour“ auf dem US-Weltraumbahnhof Cape Canaveral in Florida ab. Foto: dpa

Washington/dpa – Die US-Weltraumfähre „Endeavour“ ist gestern Morgen mit sieben Astronauten an Bord zur Internationalen Weltraumstation ISS gestartet. Ziel der 16-tägigen Mission ist es, Teile des japanischen Labors „Kibo“ sowie eine in Kanada gebaute „Roboterhand“ zur ISS zu bringen.

Debatte

Hier haben unsere Leser das Wort. Zuschriften sind unter Angabe von Namen und Adresse auch per E-Mail an leserbriefe@shz.de möglich. Bitte geben Sie die Seite und den Artikel an, auf den Sie sich beziehen. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

Verkehrte Welt

Zu: „Schmerzengeld für Kindermörder Gäggen?“ Ausgabe vom 6.3.2008

Ein Schlag ins Gesicht der Eltern. So langsam verliere ich total den Glauben an unser Land: Ein Kind wird ermordet, Polizisten machen ihre Arbeit, der arme Mörder wird bedroht von der bösen Polizei, wie schrecklich. Verdamm, wann wachen die Richter endlich auf. Die Mistkerle verhöhnens uns alle, bringen unsere Kinder, Rentner oder sonst harmlose Menschen um. Nichts geschieht! Wer unterstützt die Hinterbliebenen? Die müssen teilweise ihre Psychotherapie zur Aufarbeitung ihres schrecklichen Erleb-

nisses selber zahlen. Hilfe bitte für die Opfer, nicht für die „Täterbestien“. RENATE FRIEDRICHSEN; Hattstedtfeld

Merkwürdig

Zu: „Als das Volk auf den Barrikaden stand“ (Ausgabe vom 8.3.2008)

Peter Mugay schreibt über das Revolutionsjahr 1848: Paris hatte den König verjagt, Fürst Metternich floh in Panik aus Wien, in Budapest wurde die Selbstständigkeit Ungarns proklamiert. Und auch in Krakau, Prag, Mailand und Venedig stand das Volk auf. Dazu die Vorgänge in Berlin. „Europa bebte.“ Dass in einem ganzseitigen Artikel einer norddeutschen

Zeitung die schleswig-holsteinische Erhebung von 1848 mit keinem Wort erwähnt wird, finde ich höchst merkwürdig. HEINZ KELLERMANN; Glücksburg

Volkes Wille?

Zur Debatte um Verdi und dem Tarifstreit im Öffentlichen Dienst

Wenn Verdi von den Arbeitgebern spricht, dann hört sich das an, als ob es der große Unbekannte sei. Ist es aber nicht. Die Arbeitgeber in diesem Fall sind wir, das Volk. Das Lied, alles verteuere sich, singen wir mit. Nur: Wenn sich Verdi durchsetzt, dürfen wir höhere Abgaben zahlen, höhere Bustarife

usw. zahlen. Und das wollen wir? MARTIN BRENZEL; Twedt

Abwegig

Zum Standpunkt: „Genossen am Abgrund“ von Stephan Richter (Ausgabe vom 8.3.2008) und der Debatte um die neue Linkspolitik

Obwohl ich dem Kommentator teilweise zustimme, enthalte ich mich der Formulierung „rot-grüner Putschversuch in Hessen“ einen Satz, den ich für abwegig halte. Nach meinem Herderlexikon bezeichnet Putsch (alemanisch: Stoß) einen unvermuteten und rasch vorübergehenden Staatsstreich. Diese Bezeichnung für das Ringen

der Parteien in Hessen um eine Regierungsbildung zu wählen, ist somit falsch. JOHANNES WÖLLFERT; Brunsbüttel

Verfolge ich den Linkskurs der SPD unter Kurt Beck und den beabsichtigten Wortbruch von Frau Ypsilanti und lese dann in unserer Zeitung den Nachruf für Frau Renger, dann frage ich mich, was aus der SPD geworden ist. Die Mitglieder der SPD sollten einmal die Geschichte ihrer Partei zurückverfolgen. Sie würden sich schämen, den heutigen Kurs mitzutragen. Was sagte damals Kurt Schumacher: „Die Kommunisten sind rotlackierte Faschisten!“ WOLFGANG HEGEMEISTER; Rimmels

sh:z

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER ZEITUNGSVERLAG

Flensburger Tageblatt • Schleswiger Nachrichten • Schlei Bote • Eckernförder Zeitung
 Nordfriesländer Tageblatt • Sylter Rundschau • Der Insel-Bote • Husumer Nachrichten
 Schleswig-Holsteinische Landeszeitung • Holsteinischer Courier
 Norddeutsche Rundschau • Wilstersee Zeitung
 Ostholsteiner Anzeiger • Stormarner Zeitung
 Pflichtblatt der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg

Herausgeber:

H. Andresen, Dr. K. Boysen, G. Christiansen, A. Dethleffsen, I. Macknow Lisboa, P. Petersen, H. P. Rossen, U. Wachholtz

Redaktion:

Chefredakteur: S. Richter
 Stellv. Chefredakteur: R. Mohrmann
 Chef vom Dienst: B. Ahlert
 Verantwortlich: Politik: S. Richter, Nachrichten: F. Albrecht,
 Schleswig-Holstein/Hamburg: M. Kluth, Wirtschaft: B. Ahlert, Kultur: M. Stitz,
 Sport: J. Muhl, Foto: G. Grätsch, Redaktionstechnik: R. Henningsen
 Telefon 04 61/808-0, Telefax 04 61/808-1058, E-Mail: redaktion@shz.de

Verlag:

sh:z Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co. KG,
 Nikolaistraße 7, Postfach 1553, 24937 Flensburg, Zentrale: 04 61/808-0,
 Anzeigenservice: Telefon 01 80 180 20 20, Telefax 01 80 180 20 22, E-Mail: anzeigen@shz.de
 Leserservice: Telefon 01 80 180 10 10, Telefax 01 80 180 10 11, E-Mail: leserservice@shz.de
 (3,9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz; Mobilfunkpreise können abweichen)
 Internet: <http://www.shz.de>

Anzeigen: Chr. Arbiel, Stv. I. Schwarz, Vertrieb: D. Buhmann, Herstellung: T. Lops
 Druck: Druckzentrum Schleswig-Holstein, Fehmarnstr. 1,
 24782 Büdeldorf, Telefon 04331/3520-0

Zustellung: Zustellgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Wyker Straße 20-26, 24768 Rendsburg

Geschäftsführung: A. A. Azmayesh, T. Keßler

Für Ausfälle durch höhere Gewalt oder Störungen des Arbeitsfriedens keine Haftung. Auflagen I/W-geprüft. Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Abbestellungen müssen bis zum 5. des Vormonats schriftlich vorliegen. Ortliches Impressum im Lokalteil.